

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration

Sitzungstermin: Mittwoch, 19.02.2020
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Raum, Ort: Beratungsraum 2.50, Haus II, St.-Georg-Straße 109, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Ralf Mucha SPD

reguläre Mitglieder

Jutta Reinders DIE LINKE.PARTEI
May-Britt Krüger CDU/UFR
Nurgül Senli DIE LINKE.PARTEI
Chris Günther CDU/UFR
Frank-Egon Naß BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Pauline Block SPD
Roger Schmidt Rostocker Bund

Stellvertreter

Johanna Petzoldt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertretung für: Herrn Sören Grümmer
Dr. Roswita Katscher AfD Vertretung für: Herrn Stefan Treichel
Andreas Szabó FDP (fraktionslos) Vertretung für: Herrn Sebastian Bergs

Verwaltung

Liane Berkowitz Kämmerei- und Finanzverwaltungsamt
Steffen Bockhahn Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport
Pia Franzen Rechnungsprüfungsamt
Karin Marquardt Gesundheitsamt
Robert Pfeiffer Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Bianka Troszynski - Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Gäste

Migrantenbeirat
NNN
Seniorenbeirat

Vertreter AWO Rostock

Vertreter GGP

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

| | | |
|-----------------|------------------------|--------------|
| Sören Grümmer | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | entschuldigt |
| Stefan Treichel | AfD (fraktionslos) | entschuldigt |
| Sebastian Bergs | FDP | entschuldigt |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.11.2019
- 4 Anträge
 - 4.1 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Freiwillige Aufnahme unbegleiteter Kinder und Jugendlicher aus den griechischen Flüchtlingslagern
Vorlage: 2020/AN/0674
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2020 / 2021 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2020/BV/0712
- 6 Informationsvorlagen
 - 6.1 Änderung der Geschäftsordnung des "Regionalen Pflegeausschusses gem. § 8a SGB XI"
Vorlage: 2020/IV/0734
 - 6.2 Sachstand zu den Stellen Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz M-V (WoftG M-V)
Vorlage: 2020/IV/0783
 - 6.3 Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG)
Vorlage: 2020/IV/0781
 - 6.4 Konnexität Bundesteilhabegesetz (BTHG)
Vorlage: 2020/IV/0780
- 7 Verschiedenes

- 7.1 Jahresplanung 2020
- 7.2 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 7.3 Informationen der Verwaltungsvertreter
- 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 18.03.2020
- 7.5 Stand zu den Verhandlungen mit der AWO Rostock und GGP
- 8 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

| |
|--|
| TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit |
|--|

Herr Mucha eröffnet die Ausschusssitzung.
Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 10 Mitglieder anwesend. Den Ausschussmitgliedern ist die Tagesordnung am 12.02.2020 per Allris und Mail zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte fristgerecht durch Aushang im Rathaus und in den Ortsämtern und im Internet.
Herr Mucha begrüßt die Gäste.

| |
|--|
| TOP 2 Änderung der Tagesordnung |
|--|

Die Tagesordnung wird mit einer Änderung einstimmig bestätigt.
TOP „Stand zu den Verhandlungen mit der AWO Rostock und GGP“ unter „7 Verschiedenes“ wird als letzter TOP bei Verschiedenes – dann als TOP 7.5 – behandelt.

| |
|---|
| TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.11.2019 |
|---|

Innerhalb der Frist ist kein Einwand eingegangen, die Niederschrift vom 20.11.2019 wird mehrheitlich bestätigt.

| |
|----------------------|
| TOP 4 Anträge |
|----------------------|

| |
|---|
| TOP 4.1 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Freiwillige Aufnahme unbegleiteter Kinder und Jugendlicher aus den griechischen Flüchtlingslagern Vorlage: 2020/AN/0674 |
|---|

Nachfragen zur Umsetzung der Schulung und Betreuung (z.B. Dolmetscher und Sozialarbeiter) werden lt. Verwaltung als nicht problematisch angesehen.

Zunächst müssen die Einreisemodalitäten über die Europäische Union durch das Bundesinnenministerium geklärt werden, um mit dem positiven Ansinnen keine illegale Einreise zu verursachen, da diese strafbewährt ist.

Lt. Verteilschlüssel des Landes müssten zunächst die anderen Kommunen in M-V umA aufnehmen. Die Anzahl der freien Plätze in der vollstationären Erziehungshilfe für die betreffende Altersgruppe sind derzeit gering (5 Plätze).

Über Interessenbekundungen müssten weitere Plätze sowie Betreuungspersonal bei den freien Trägern und FallmanagerInnen in der Verwaltung akquiriert werden.

Eine Antwort zur Anfrage der Verwaltung an das Landesjugendamt, ob auch für freiwillig, außerhalb des Verteilverfahrens aufgenommene umA die Finanzierung nach 89 d SGB VIII greift – also ob diese Kosten vom Landesjugendamt an die HRO erstattet werden – steht noch aus.

Frau Dr. Katscher erscheint zur Sitzung, damit sind 11 Mitglieder anwesend.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern heranzutreten, um im Rahmen einer freiwilligen humanitären Aktion darüber zu informieren, dass die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von den griechischen Ägäis-Inseln in Rostock aufzunehmen.

Abstimmung:

| | |
|---------------|----|
| Dafür: | 10 |
| Dagegen: | 1 |
| Enthaltungen: | 0 |

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|---|
| Angenommen | X |
| Abgelehnt | |

TOP 5 Beschlussvorlagen

**TOP 5.1 Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2020 / 2021 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 2020/BV/0712**

Frau Berkowitz vom Kämmereiamt führt zum Antrag ein.

Nachfragen zum zeitlichen Ablauf der Beschlussfassung, zu Altfehlbeträgen und zu Rücklagen für eine evtl. Nachzahlung von Kindertagespflegekosten werden beantwortet.

Die Verwaltung informiert, dass die letzte Sonderbedarfszuweisung Flüchtlingsaufwendungen aussteht.

Abstimmung:

| | |
|---------------|---|
| Dafür: | 6 |
| Dagegen: | 0 |
| Enthaltungen: | 5 |

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|---|
| Angenommen | X |
| Abgelehnt | |

TOP 6 Informationsvorlagen

TOP 6.1 Änderung der Geschäftsordnung des "Regionalen Pflegeausschusses gem. § 8a SGB XI"

Vorlage: 2020/IV/0734

Es ist der Wunsch des Gremiums, dass ein Vertreter der Bürgerschaft im Pflegeausschuss vertreten ist, wird auf Nachfrage informiert. Wegen der Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration für das Thema „Altenbetreuung“ wurde sich für den Vorsitzenden dieses Ausschusses entschieden.

TOP 6.2 Sachstand zu den Stellen Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz M-V (WoftG M-V)

Vorlage: 2020/IV/0783

Der Senator hebt noch mal hervor, dass diese neue Aufgabe ohne zusätzliches Personal erledigt werden soll, was man als eine nicht zu leistende Aufgabe ansehen müsse.

Alle Beratungsangebote des Landes sollen den Kommunen übertragen werden.

Eine Zusage des Landes zur Finanzierung von Stellen wurde zurückgezogen.

Das Hauptamt hatte zunächst 2 zusätzliche Stellen im Stellenplan zugesagt. Beide Stellen wurden jedoch im vorliegenden HH-Plan nicht aufgeführt.

Senator und Amtsleiter appellieren an die Fraktionen, diese beiden Stellen im Stellenplan zu berücksichtigen, da sonst die Beratungslandschaft hier in der Stadt nicht aufrechterhalten werden kann.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.3 Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Vorlage: 2020/IV/0781

Nachfragen zur Bescheiderstellung, Hilfeplangesprächen und Personalkosten werden beantwortet. Auch hier der Hinweis der Verwaltung auf nicht besetzte bzw. im Stellenplan nicht berücksichtigte Stellen im Zusammenhang mit dem BTHG und Bitte um Berücksichtigung in der Haushaltsdiskussion in den Fraktionen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.4 Konnexität Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Vorlage: 2020/IV/0780

Es gibt eine Nachfrage zur Konnexitätsklage.

Das Land ist der Auffassung, dass es keine neue, sondern eine bereits von den Kommunen gearbeitete Aufgabe ist und will daher nicht ausfinanzieren.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 Jahresplanung 2020

Bericht von Vertreterinnen des Frauenhauses zu deren Arbeit
Infovorlage zu Asylangelegenheiten 2x jährlich
Verbesserung der Kommunikation nach außen/Öffentlichkeitsarbeit

TOP 7.2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Schmidt fragt nach zur Getränkepauschale beim Träger ILL im Rahmen der BuT-Leistungen.

Bereits in der Vergangenheit wurde vom Träger ILL eine Getränkepauschale in Höhe von 3,40 EUR/Monat bezogen. Diese erhöhte sich ab Januar 2020 auf 4,08 EUR/Monat. Dies ergibt sich aus einer Tagespauschale von 0,24 EUR * 17 Tage. Dies bedeutet, dass die Pauschale nach hiesigem Kenntnisstand nicht neu eingeführt wurde, sondern lediglich um 0,68 EUR erhöht wurde.

Laut KiföG ist die integrale Verpflegung nur bis zur Einschulung verpflichtend. Dennoch gibt es auch in anderen Horten neben der Mittagsverpflegung Getränke-/Obstpauschalen in vergleichbarer Höhe. Verpflegungskosten sind laut § 29 KiföG von den Eltern zu zahlen. Ein Verbot zum Erheben von solchen Pauschalen ergibt sich aus dem KiföG nicht.

Wer Anspruch auf Bildung und Teilhabeleistungen hat (weil die Familie z. B. Sozialleistungen erhält), hat den Anspruch auf Übernahme nach § 29 Abs. 2 KiföG i.V.m. § 90 Abs. 4 SGB VIII. Für alle Eltern, die bisher den Anspruch auf Übernahme Elternbeiträge (inkl. Verpflegung) hatten, wurde das auch im Januar und Februar gezahlt. Für Familien, die keine Sozialleistungen gem. § 90 Abs. 4 SGB VIII erhalten, kann eine Prüfung gem. § 29 Abs. 2 KiföG nach Einkommen und Belastungen erfolgen.

TOP 7.3 Informationen der Verwaltungsvertreter

Neben den Informationsvorlagen gibt es keine weiteren Informationen aus der Verwaltung.

TOP 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 18.03.2020

- Anfragen der Ausschussmitglieder
- Informationen der Verwaltungsvertreter
- Tagesordnung für die Sitzung am 15.04.2020

TOP 7.5 Stand zu den Verhandlungen mit der AWO Rostock und GGP

Es wird sich umfassend zum Sachstand ausgetauscht.

Herr Siems/AWO Rostock berichtet aus seiner Sicht zum Stande der Verhandlungen. Eine Leistungsvereinbarung ist abgeschlossen, eine Vergütungsvereinbarung nicht. Er berichtet von Außenständen.

Herr Püttmann von der GGP bestätigt die Ausführungen von Herrn Siems.

Herr Bockhahn verweist auf das Recht der Träger auf öffentliche Meinungsäußerung. Leider gebe es seit einiger Zeit keine partnerschaftliche Zusammenarbeit mehr. Seit längerem würden keine gelingenden Entgeltverhandlungen geführt.

Herr Senator Bockhahn weist entschieden die Unterstellung zurück, die Sozialverwaltung würde Geld zurückhalten. Geeinte und erbrachte Leistungen werden vereinbarungsgemäß in wirtschaftlich angemessener Höhe bei Vorlage sachlich und rechnerisch richtiger Rechnungen vergütet.

Es könne keine Zugeständnisse geben, die nicht im Sinne des Gesetzes sind oder nicht dem für die Stadt verbindlichen Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprächen.

Herr Pfeiffer berichtet über unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen den beiden Leistungserbringern und der Verwaltung zum BTHG und zur Höhe der Vergütung. Zuständig seien hierfür im weiteren Rechtsweg Schiedsstellen und/oder Gerichte.

Mit allen anderen Trägern der Eingliederungshilfe wurden Vereinbarungen zum 01.01.2020 (Zeitpunkt Systemwechsel in der Eingliederungshilfe) abgeschlossen, nur mit AWO und GGP nicht.

Es folgen Diskussionen zur Rechnungslegung und Rechnungseingängen.

Alle Leistungen, die mit dem Hilfeempfänger im Hilfeplangespräch vereinbart wurden, werden dem Träger aus Sicht der Verwaltung wirtschaftlich angemessen vergütet. Die beiden Träger haben dazu eine andere Auffassung.

AWO wünscht sich zukünftig eine bessere Zusammenarbeit, die auch von der Verwaltung erhofft wird.

Geeinte Leistungen werden von den beiden freien Trägern nach ihren eigenen Aussagen auch weiterhin erbracht.

Rechtliche Bewertung des Landes zur Frage der Überführung der Leistungen vom alten in das neue Recht liegt der Verwaltung vor und kann den Trägern zur Verfügung gestellt werden.

Ausschussmitglieder wünschen baldmögliche Einigung zum Wohle der betreuten Menschen.

Abschließend bietet Herr Mucha sich nochmals für eine Aussprache zwischen den beiden Trägern und der Verwaltung an.

| |
|---|
| TOP 8 Schließen der Sitzung |
|---|

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr geschlossen.

gez. Ralf Mucha

gez. Barbara Schaar